

5. Juni 2011
Kurier

Semmering: Koalitions-Zwist um Umweltprüfung **Verkehrsministerin Bures will Umweltprüfungen von Bahnen an sich reißen. Finanzministerin Fekter denkt an ÖBB-Privatisierung.**



Bummelzug: Der Semmering soll untertunnelt werden, der Baubescheid wurde erteilt. Über die umweltrechtlichen Rahmenbedingungen solcher Bahn-Großprojekte wird gestritten.

Der Semmering-Basistunnel ist seit Anfang der Woche auf Schiene. Die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wurde abgeschlossen, der Baubescheid erteilt. Die Möglichkeit, gegen diese Bescheide Einspruch zu erheben, besteht. Wer dies noch machen will, bestätigt das Verkehrsministerium, sollte sich wegen der unklaren Rechtslage doppelt absichern: Einen Einspruch beim Umweltsenat, einen beim Verwaltungsgerichtshof (VwGH).

Hintergrund der Rechtsunsicherheit ist ein VwGH-Entscheid vom Herbst 2010. Das Höchstgericht sieht sich bei UVP-Verfahren von Infrastrukturprojekten (Bahn-Hochleistungsstrecken und Autobahnen) als zweite, letzte Prüfungsinstanz nicht zuständig.

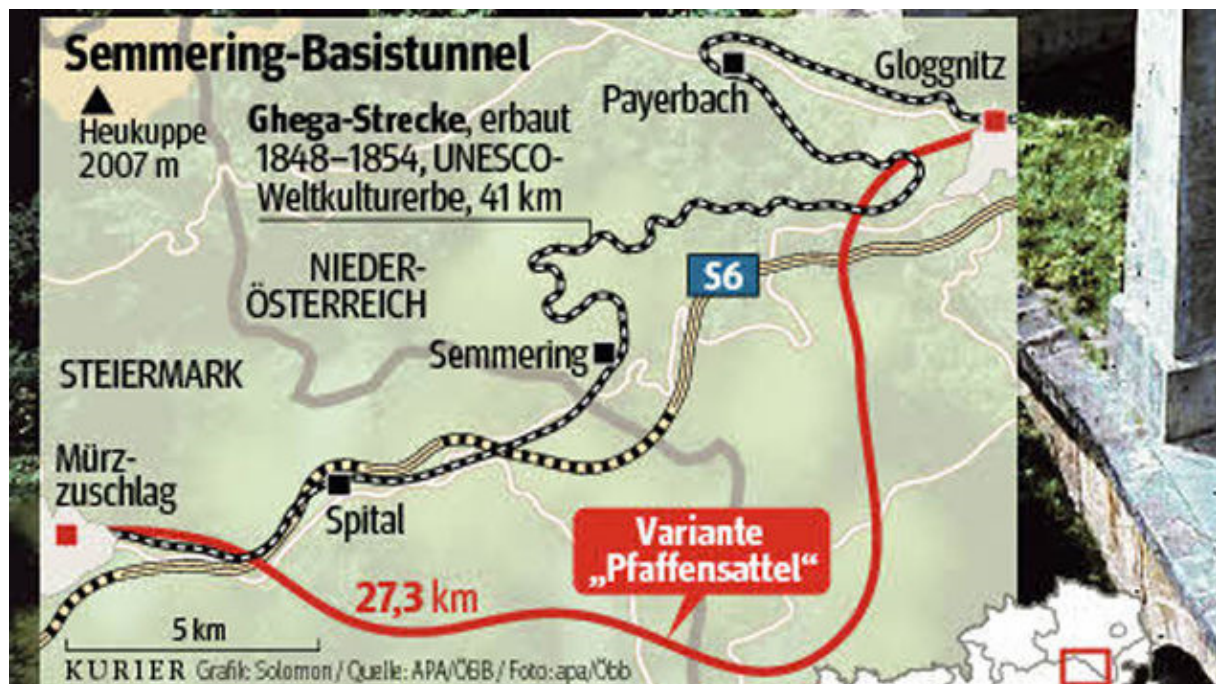
Doch der Reihe nach: Als erste Instanz fungiert das Verkehrsministerium. Ein Sonderfall bei Infrastrukturprojekten, denn normalerweise prüft die jeweilige Landesregierung die Umweltverträglichkeit von Großprojekten (z.B. Wasserkraftwerk). Danach besteht normalerweise die Möglichkeit, beim Umweltsenat (dem Umweltministerium zugeordnet) Einspruch zu erheben. Erst auf dritter Ebene entscheiden die Gerichte.

Solch einen dreistufigen Prozess fordern die Höchststrichter nun auch bei Infrastrukturprojekten. Der Ball liegt seither bei der Bundesregierung. Eine Empfehlung gaben die Richter der Politik mit auf den Weg: Der Umweltsenat solle auch bei Bahn & Co. in zweiter Instanz prüfen.

Das Verkehrsministerium will davon nichts wissen und versucht, eine eigene Prüfungsbehörde ins Leben zu rufen, den Infrastruktursenat. An der juristischen Umsetzung wird emsig gearbeitet, der **Gesetzesentwurf liegt dem KURIER vor**. Und schon gibt es viel Kritik:

"Verkehrsministerin Doris Bures hat offenbar Angst, dass ihre Bescheide so mangelhaft sind, dass diese auf keinen Fall von einem echten, unabhängigen Gremium überprüft werden sollen", wettet Gerhard Heilingbrunner vom Umweltdachverband. Die Mitglieder des Infrastruktursenats sollen nämlich zu einem Gutteil von der Ministerin selbst vorgeschlagen werden. Heilingbrunner spricht von einer "Bananen-Republik", in der der Verwaltungsapparat immer weiter aufgeblasen wird. Das Verkehrsministerium argumentiert mit mangelnder Kompetenz im Umweltsenat und mit einer Beschleunigung der Verfahren.

"Ein Wahnsinn"



Bahnstrecke Semmering-Basistunnel

Die Grünen-Umweltsprecherin Christiane Brunner schüttelt ungläubig den Kopf: "Ein Ministerium, das seine eigenen Bescheide überprüft? Ein Wahnsinn, wenn das so kommt." Bures wolle offenbar dem Umweltsenat, und somit Umweltminister Niki Berlakovich, das Wasser abgegraben. Dieser müsse sich auf die Füße stellen und endlich tätig werden. Dem Umweltministerium gehe es um die "Balance zwischen Umwelt und Wirtschaft, egal, ob im Falle des Umwelt- oder eines Infrastruktursenats", lautet die Stellungnahme.

Die Frage ist jetzt, wird also gestritten oder herrscht großkoalitionäre Eintracht?

Pikantes Detail am Rande: Mit dem vorliegenden Entwurf zur Novelle des UVP-Gesetzes würde sich das Verkehrsministerium auch die Zuständigkeit bei allen anderen Straßenbauprojekten, Eisenbahnstrecken, Bahnhöfen und sogar Flughäfen sichern. Der Bures-Plan sieht zudem vor, dem Umweltsenat rückwirkend alle Verfahren zu entreißen, die dort seit 2005 anhängig sind.

Link zum Online-Artikel:

<http://kurier.at/wirtschaft/3911563.php>